

Strafauer Zeitung.

Nr. 216.

Samstag, den 20. September

1862.

Die „Strafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 9 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Strafauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Auslandungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Platzen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jed. Einzahlung 30 kr.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. September d. J. die bei der Obersten Rechnungs-Kontrollbehörde erledigte Höflichkeitserstelle mit den systematischen Bezeugen dem Rechnungsgericht der Tabak- und Steuerverwaltung Johann Schwarzer allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostol. Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. September d. J. dem f. f. Höflichkeitsertheil Wenzel Schübel in Anerkennung seiner vieljährigen und zuverlässigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 23. August d. J. dem Kommissariatsgerichtsstaats-Bevollmächtigten in Warszawin Karl v. Soagel aus Anlaß seiner Verabschiedung auf die ihm verliehene Bevollmächtigte bei der Banalität mit dem Titel eines Banalitäts-Bevollmächtigten allernädigst zu belassen und den bisherigen Kommissariatsgerichtsstaats-Bevollmächtigten erster Klasse in Warszawin Daniel v. Grozdanovic zum Bevollmächtigten der Banalität allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung dd. Schönbrunn 4. September d. J. den Kooperator der Kollegialkirche zu Cherso-Bacharius Lion zum Kurat-Chorherrn an dieser Kirche allernädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. September d. J. dem Brünner Handelskammer-Präsidenten Mitter v. Herring in Verbindung mit Alfred Skene, Istor Glesch, Leopold Haupt, J. M. Bauer, Joseph Teuber und Karl Jurek die Errichtung einer währischen Gesamtkompanie zu bewilligen und die Statuten derselben allernädigst zu genehmigen geruht.

Der Staatsminister hat die Lehramtskandidaten Thomas Barwicz und Marcell Malinowski zu wirklichen Lehrern mit der Bestimmung des Letzteren für das Gymnasium in Stanisławow, des Letzteren für jenes in Lemberg ernannt.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des fürsterzbischöflichen Konfiskatoriums in Görlitz den Weltreisenden und supplirenden Käthekeiten an der Oberrealschule in Görlitz Anton Sessich zum wirklichen Religionslehrer an dieser Anstalt ernannt.

Das Staatsministerium hat den provisorischen Lehrer an der Oberrealschule zu Polotska Franz Jedlicka zum wirklichen Lehrer an dieser Lehranstalt ernannt.

Das Justizministerium hat die disponiblen Staatsanwalts-Substituten Joseph Mača und Jur. Dr. Anton Hawawatz zu Staatsanwalts-Substituten in Böhmen, Letzteren bei dem Kreisgerichte zu Tilsit, Letzteren bei dem Landesgerichte zu Prag ernannt.

sichert halten, daß die Welt seine Ansichten über das europäische Gleichgewicht nicht theilt; — daß Europa sehr wohl weiß, daß, je mehr Großmächte es gibt, desto weniger eine oder zwei davon im Stande sein werden, den übrigen Befehle zu geben; — und daß, wie Ledermann deutlich genug erkennt, der Grund, warum gewisse Franzosen so sehr viel Angst vor einer Einheit Italiens und Deutschlands haben, darin liegt, daß sie die Wirkung haben würde, jener Übermächtigkeit, nach der sie fortwährend streben, und der sich Europa niemals unterwerfen wird, sich eine unübersteigliche Schranke zu ziehen.

Die „France“ kündigt heute an, daß in Turin ein Staatsstreich zu erwarten sei. Ihr zufolge haben fünf der vornehmsten Generale, welche die Regierung um Rath befragte, ein Memorandum an dieselbe gesandt, worin sie sich für die Anwendung der strengsten Maßregeln aussprechen. Dieses Memorandum, sagt die France, erklärt, daß unter den gegenwärtigen Umständen es nur ein Mittel gebe, um Italien zu retten; man müsse die größte Strenge entfalten und die Schuldfügigen, wer sie auch sein möchten, verurtheilen.“ Nach demselben Journale werden die Angeklagten, einerlei, ob sie freigesprochen oder verurtheilt werden, durch ein Ausnahmegesetz, „der öffentlichen Sicherheit“ halber des Landes verwiesen werden.

Ledermann in Turin — äußert die France in dieser Beziehung — begreife, daß das Cabinet Rattazzi unter diesen Umständen nicht am Ruder bleiben könne, und daß es durch ein Staatsstreich-Cabinet, das in der Armee seine Hauptstützen nehme, ersetzt werden müsse. Die italienische Regierung befindet sich in der Lage, in der Frankreich vor dem Auge des 2. Dezember war, „welcher der Gesellschaft einen wesentlichen Dienst leistete.“ Die militärische Partei begreift, daß, um zu verhindern, daß Italien in der Anarchie untergehe, man das Beispiel in der französischen Regierung befolgen und Italien sowohl im In- wie im Auslande eine antirevolutionäre, liberale und conservative Politik befolgen lassen muß.“

Nach der „Costituzione“ wird der piemontesische Minister des Auswärtigen zwei diplomatische Noten versenden, die eine an Frankreich bezüglich der römischen Frage und eine andere an sämmtliche Mächte über die Ereignisse im Innern.

Das Reutersche Bureau spricht von einem Rundschreiben der piemontesischen Regierung, worin die Kaiser danach geschrieben haben, daß der „Moniteur“ das Journal des Hrn. de Lagueronniere desavouieren möge, so rückt der „Constitutionnel“, um die guten Freunde doch einen ernsten zu trocken, in seiner Nummer am 16. d. mit einem Artikel heraus, worin angedeutet wird, daß die Regierung beschlossen habe, Rom zu räumen, da die Minister und die Anhänger des Papstes in der Tagespresse nicht aufzuhalten, zu verschern, die Bevölkerung sei Pius IX. treu ergeben, eine Revolution also nicht zu beforschen; es reiche hin, daß Frankreich den Papst gegen Angriffe von Seiten Piemonts sicher stelle. Dieses „Programm“, schreibt ein Pariser Corr. der „N. P. Z.“ ist gerade so viel wahr, als die Friaus des Hrn. de Lagueronniere, der zum Mindesten darin Recht hatte, daß der Kaiser Rom nicht räumen wolle. Aber auch abgesehen hiervon, ist die Erwähnung des „Constitutionnel“, die, wie sich bei ihm von selbst versteht, nur Ironie sein soll, in der That nur ein schlechter Witz; denn die Sympathien der großen Masse der Bevölkerungen machen aufdringliche Streiche nirgends unmöglich und am allerwichtigsten in dem aufgewühlten und unterwühlten Kirchenstaate, dessen eigene Armee man verläßlicher Weise bei Castelfidardo vernichten ließ. Der „Constitutionnel“ würde es gewiß sehr übel nehmen, wenn man an der Popularität des Kaisers in Paris zweifelte; aber eben so gewiß würde er diesem nicht ratzen, ohne Soldaten zu regieren. Jedenfalls hat das Ereignis von Castelfidardo dem Kaiser zur Pflicht gemacht, seine Truppen in Rom zu lassen, und der Papst könnte sich, ohne dadurch einzugehen, daß er der „Bevölkerung“ verhaft sei, aus seinen Staaten entfernen, sobald Louis Napoleon ihm seinen Schutz entzöge. Das wird er auch thun, und es hat gewirkt, als er vor langerer Zeit schon dem Kaiser erschienen ist, er sei ihm sehr dankbar für seinen Schutz, begreife aber auch, daß politische Umstände ihn vielleicht zwingen würden, seine Truppen zurück zu ziehen; in der Voraussicht dieses Falles bitte er ihn nur, den Römischen Hof zu benachrichtigen, damit dieser seine Abreise bewerkstelligen könne, bevor die französische Armee sich entfernt habe.

Die „N. P. Z.“ bleibt bei der Behauptung, daß der Kaiser L. Napoleon den Obersten Pallavicini zum General der Ehrenlegion ernannt hat. Die französischen Demokraten sind wütend darüber. Das französische Geschwader, welches während des Garibaldi'schen Aufstandes an den Küsten Siciliens kreuzte, wird dem Pays zufolge demnächst in Boulon eintreffen.

Wie die Army and Navy Gazette meldet, hat das unter dem Befehle des Contre-Admirals Smart stehende Canal-Geschwader den Befehl erhalten, nach England zurückzukehren und wird in Folge davon demnächst bei den Dünens (Downs, zwischen Dover und der Themse-Mündung) zurückverwaltet.

Der „Temps“ erklärt heute seinen Lesern in anerkennender Weise die Depeschen, welche das Wiener und Berliner Cabinet an Dänemark richteten und bemerkte schließlich, daß, wenn die dän-

sche Regierung wirklich entschlossen sei, die deutschen Forderungen abermals zurückzuweisen, den deutschen Regierungen nichts übrig bleibe, als an die Royalität der Mächte, welche die Londoner Convention unterzeichnet, zu appelliren. Die deutschen Gabinete seien um so mehr zu diesem entscheidenden Schritte berechtigt, da ihre Forderungen von dem Pariser, Londoner und St. Petersburger Cabinet als vollkommen auf die Conventions von 1851 und 52 gegründet anerkannt worden seien. Vielleicht halte die dänische Regierung den Augenblick für günstig, die Forderungen einer Regierung zurückzuweisen, die sich in offenem Conflict mit der Landesvertretung befindet. Dänemark möge jedoch jedoch vergessen, daß jede Regierung, die sich entschlossen zeige, den Herzogtümern Schleswig und Holstein endlich den vollen Genuss ihrer Rechte zu verschaffen, von denselben Landesvertretung in einer zischter und unwiderstehlichster Weise unterstützt werden würde.

Außer den (bereits bekannten) den Montenegro gestellten Bedingungen: des Baues einer Militärstraße nach Cetinje, Errichtung von Blockhäusern in montenegrinischen Pässen, meldet der „Levant Herald“ noch folgende Punkte: Erlaubnis für die Montenegriner, ihren Bedarf, mit Ausnahme von Waffen und Munition, von Spizza zu holen, Abtreitung von Land auf türkischem Gebiete an die Montenegriner zum Anbau und Befreiung vom Tribute. Es heißt, der Sultan habe die Friedenspräliminarien mit Montenegro verworfen und wolle unbedingte Unterwerfung.

Der französische Gesandte im Konstantinopel soll neuerdings Einwendungen gegen die frühere Vereinbarung in Betreff der Festung Sokol, Ushja und Belgrad gemacht haben.

Die Times bespricht die letzten Vorgänge auf dem virginischen Kriegsschauplatz in einem Tone, der voll bitteren Hohnes für den americanischen Nordosten ist. „Die Conföderierten“, sagt sie, „haben den Drachen der Invasion in die letzten Schlupfwinkel seiner Höhle zurück getrieben, wo sich seine Hoffnung allerhöchstens so weit verschieben kann, daß man ihm gestatten wird, sich eine Zeit lang ruhig hinzulegen, um seine vielen schweren Wunden zu heilen. Die zweite Schlacht bei Bull Run ist eine eben so vollständige Niederlage, wie die erste. Zum zweiten Mal zogen sich die Unions-Truppen über dies Unglücks-Gefilde zurück, obgleich diesmal der Rückzug nicht gerade in wilde Flucht ausartete. Zwei Kampftage, wie sie die Unions-Truppen diesmal bestanden, sind eine vollständige Ehrenrettung für den militärischen Charakter des Heeres. Außer der Ehre aber ist Alles verloren. Der tapfere Widerstand, welchen das Heer leistete, nimmt den Niederlage bloß den Stachel der Schwach. Die Folgen der Schlacht sind unendlich unheilvoll für die Sache der Union.“

Nach einem Newyorker Telegramm hat sich der französische Gesandte in den Vereinigten Staaten, Hr. Weicker, am 3. d. nach Washington begeben.

Die „Patrie“ erklärt heute, es sei nicht wahr, daß die Regierung 60,000 Mann nach Mexico schicken wolle; nur 30,000 Mann würden hinübergehen, und die Zahl genüge vollkommen, um den Erfolg der Expedition zu sichern.

Der „Botschafter“ meldet: Die Versammlung der österreichischen Theilnehmer an der Beratung über die Bundesreform beschloß die Nichtteilnahme an der Versammlung zu Weimar wegen zu tendenziöser Tagesordnung. Rechbauer und Berger verlangten die Streichung ihrer Namen aus der Liste der Theilnehmer. Auf der Frankfurter Versammlung werden voraussichtlich zahlreiche Österreicher erscheinen.

Die Lemberger „Gazeta Narodowa“ (National-Zeitung), wirft aus Anlaß des Wiederzusammittels des Reichsrathes die Frage auf, was unsere Abgeordneten bisher Erfreiliches geleistet haben, und beantwortet dieselbe mit: Nichts. Die Negation sei kein Prinzip, mit dem sich positive Resultate erreichen lassen. Habe man kein anderes Ziel vor Augen gehabt, als zu negiren, so wäre es lächerlich gewesen, zu Hause zu bleiben; aber einer Verfassung, auf Grund deren man sich wählen ließ, seine Anerkennung versagen, und anstatt seinen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, sich schmollend beiseite zu halten, dies sei weder in der Absicht der Wähler noch im Interesse des Landes gelegen. Wenn die polnischen Abgeordneten die Änderung des Februar-Patentes für notwendig hielten, so hätten sie mit einem positiven Programm austreten sollen; der Mangel eines solchen habe sie ihrer Wählerschaft entfremdet und ihre Stellung im Lande vereinsamt. Die Gazeta Narodowa schließt mit den

Worten: Es sei spät, aber nicht zu spät; die polnischen Abgeordneten mögen ein festes Programm entwerfen und an den Reichsrathssitzungen teilnehmen; nur so werde das Interesse des Landes gefördert.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. September. [Schluß.] Specialdebatte über das Handelsgesetzbuch.

Rechbauer erklärt, vermöge des Mandats, welches die hier anwesenden Abgeordneten von ihren Wählern erhalten, haben sie allerdings die Kompetenz des Gesamtreichsraths, aber nur für die hier vertretenen Länder und nicht für die hier nicht vertretenen Länder. Diese zu contumacien steht dem hier versammelten Reichsrath keineswegs zu. Redner hätte gewünscht, daß die Regierung dem Ausnahmzustande in Ungarn endlich ein Ende gemacht und die verfassungsmäßigen Zustände wieder hergestellt hätte, und er kann nur den aufrichtigen Wunsch ausdrücken, daß dies wenigstens jetzt so bald als möglich geschehen möge. In keinem Falle aber könnte dieser Reichsrath für Ungarn gültige Gesetze beschließen. Redner erklärt sich schließlich gegen die Anträge Mühlfeld's und Skene's und für den Auschusstantrag.

Dr. A. Ryger stimmt für den ersten Antrag Skene's, Ausdehnung des Gesetzes auf das ganze Reich, und bekämpft die Ansicht Rechbauers, daß der gegenwärtig versammelte Reichsrath nur für die hier vertretenen Länder berathen könne. Er betrachtet die gegenwärtige Versammlung als den Gesamtreichsrath, die fehlenden Abgeordneten als Beurlaubte, denn nach der Verfassung habe der engere Reichsrath gar keinen

Wirkungskreis, weil es keinen Gegenstand der Gesetzgebung gebe, welcher nicht das Wohl und Wehe der Gesamtheit berühre. Alle Länder seien aufgesordert worden, den Reichsrath zu beschließen, seine Beschlüsse seien Gesetze für das ganze Reich und Sache der Regierung sei es, die Form der Durchführung für die hier nicht vertretenen Länder zu finden. Die Einheit der Handelsgesetzgebung des Reichs sei von höchster Wichtigkeit, schneide man die südöstlichen Länder von der Wirksamkeit dieser Gesetzgebung ab, so entziehe man dem österreichischen Handelsgebiet die Länder der ungarnischen Krone. Dr. Reynerz habe gesagt, die mährische Seite dieses Hauses (Oho! rechts) nehme an der Beratung dieses Gesetzes keinen Theil, weil es in Nürnberg gemacht worden sei. Ihm sei es gleichgültig, wo ein Gesetz zu Stande gekommen ist. Ein Glaube, ein Gesetz, wäre das, was er wünsche. Man sei übrigens mit der Annahme fremder Gesetze nicht überall so schwierig gewesen, der Inhalt mache den Wert des Gesetzes und nicht sein Ursprung und seine Quelle.

Skene erklärt, er habe die staatsrechtliche Stellung Österreichs zu Deutschland in seiner Rede nicht berühren wollen, aber er gestebe, daß ihm die österreichische Seite einer Frage immer höher siehe, als jede andere.

Schier spricht im Sinne Rechbauers.

Pražak: Wird das Handelsgesetzbuch angenommen, so ergibt sich auch die Notwendigkeit einer baulichen Revision des Civilgesetzbuches. Denn abgesehen von der verschiedenen Form sind auch die Grundsätze, welche das Handelsgesetzbuch aufstellt, wesentlich verschieden von den Grundsätzen des österreichischen Civilgesetzbuches. Redner führt einige Beispiele dieser Verschiedenheit der Grundsätze in Bezug auf die Handelsgesellschaften an. Wenn der Herr Berichterstatter für mich gefragt hätte, dadurch, daß man das Gesetz in der vom Ausschuss beantragten Form annähme, werde die Handelsvereinigung zwischen Deutschland und Österreich hergestellt, so sei das ein Irrthum, denn jede einzelne deutsche Ständekammer, also auch der österreichische Reichsrath, könne Abänderungen an demselben vornehmen, sonst würden sie zu Gunsten der Nürnberger Commission abstimmen. Er empfiehlt daher nochmals eine veränderte, für Österreich besser sich eignende Form. Über die Kompetenzfrage sei genug gesprochen worden, wenn es wahr wäre, daß der gegenwärtige Reichsrath immer als Gesamtreichsrath berathen und beschlossen habe, dann hätte er in der That als wahrer Kaufsaalmann als engerer, bald als Gesamtreichsrath fungirt. Das Haus möge es nicht übel nehmen, wenn er und seine Freunde, um die Kompetenz zu wahren, sich an der Beratung und Abstimmung über diesen Gegenstand nicht beteiligen.

Waser beteuert, daß man so viele kostbare Zeit

mit der Kompetenzfrage verliere, während diese Zeit mit Rücksicht auf die Landtage viel besser angewendet werden könnte. Redner meint nicht die Ansicht Rechbauers, daß die hier tagenden Abgeordneten ein allgemeines Mandat erlitten haben, dieses Mandat sei durch die Verfassung beschränkt.

Kaiser als Berichterstatter sucht die gegen den Ausschusstantrag vorgebrachten Bedenken zu entkräften. Namentlich weist er darauf hin, daß der Dualismus in der Gesetzgebung durch die Verfassung selbst geschaffen sei.

Minister von Lasser: Mit Rücksicht auf die Ausdehnung, welche die Debatte über die leidige Kompetenzfrage genommen und auf die Vorwürfe, welche gegen die Ministerbank gefallen sind, könne die Regierung nicht länger schweigen. Es sei immer das Bestreben der Regierung gewesen, die Einigung zwischen Deutschland und Österreich im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen, insbesondere habe sie in Bezug auf das Handelsgesetz nie außer Acht gelassen, wie entsprechend und wünschenswert das gemeinsame Band eines einheitlichen Handelsgesetzes für alle Länder der Monarchie wäre. Darüber, daß der vorgelegte Gesetzentwurf zur Kompetenz des engern Reichsrates gehöre, hege die Regierung nicht den geringsten Zweifel, weil es sich hier vorwiegend um ein Justizgesetz handle. Man habe dem Ministerium wegen der Einführung des gegenwärtigen Entwurfs direkt und indirekt den Vorwurf einer Verfassungsverleugnung gemacht. Dagegen müsse sich das Ministerium feierlich verteidigen. Die Mitglieder desselben waren in der ehrenvollen Lage, von Sr. Majestät dem Kaiser bei der Verleihung der Verfassung zu Rathe gezogen zu werden, sie sind durch eine solenne Erklärung Sr. Majestät auch diesem Hause für die Beobachtung der Verfassung verantwortlich erklärt worden, sie können daher den Vorwurf einer Verfassungsverleugnung nicht ungerügt hinnehmen.

Nun folgt die Abstimmung über die Anträge Skeenes, deren Resultat wir schon mitgetheilt haben.

Der Antrag des Ausschusses: „Gesetz zur Einführung eines Handelsgesetzbuches, gültig ...“ (folgen die Namen der im engeren Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder) wird mit großer Mehrheit angenommen.

Folgt die Debatte über die „Einleitung“ des Gesetzentwurfs. Dieselbe bestimmt, daß das Gesetz mit 1. Jänner 1863 in Kraft zu treten habe.

Regierungskommissär Ministerialrath Benoni beantragt hiefür den 1. Juni 1863.

Berichterstatter meint, es sei zweckmässiger, wenn das Gesetz wenigstens schon mit 1. April 1863 in's Leben trete.

Präsident sieht sich nun (1 Uhr) bemühtigt, die Sitzung zu schließen, da die beschlußfähige Anzahl Abgeordneter nicht mehr anwesend sei. Er erklärt, daß er sich demüttigt seien werde, denjenigen Abgeordneten, welche aus Kompetenzrücksicht an den Sitzungen nicht teilnehmen zu können vorgeben, den §. 12 der Geschäftsförderung in Erinnerung zu bringen, der feststellt, daß jeder Abgeordnete an allen Verhandlungen des Hauses Theil zu nehmen habe.

Der Bericht des Finanz-Ausschusses über den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1862 lautet:

Der Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1862 wurde von der k. k. Regierung in der 88. Sitzung am 17. December 1861 eingebrochen.

Mit Beschuß des hohen Hauses vom 18. December 1861 in der 89. Sitzung wurde ein Ausschuß von 48 Mitgliedern ernannt und angewiesen, die gesammten finanziellen Vorlagen eingehend und in allen Beziehungen zu prüfen und die bezüglichen Anträge mit thunlichster Beschleunigung zu erstatzen.

Am 12. Mai 1862 in der 117. Sitzung wurde zu einer mehreren Beschleunigung d. s. Geschäftsganges beschlossen, ausnahmsweise die über die einzelnen Abtheilungen gefassten Beschlüsse dem Herrenhause zur dortigen Verhandlung mitzutheilen; vorbehaltlich jedoch der seinerzeitigen Zusammensetzung des Gesetzes als eines untheilbaren Ganzen und der Abstimmung im Ganzen nach §. 40 der G.-D.

Nachdem die Verhandlung und Beschlusshandlung über die einzelnen Abtheilungen des Erfordernisses und der Bedeckung beendet wurden, besteht sich der Ausschuß, zur Abstimmung im Ganzen den Entwurf des Finanzgesetzes und die Aufforderungen, Erwartungen und Wünsche einem hohen Hause zu unterlegen.

In einer Rechtsfertigung der Abweichung von dem Regierungsentwurf, welcher nur 15 Zeilen enthält, erachtet der Ausschuß nicht weiter eingehen zu sollen, da solche sich aus der Notwendigkeit, daß jede einzelne Bestimmung Gesetzeskraft erlangen müsse, daher auch in das Gesetz selbst aufzunehmen war, von selbst ergibt.

Es ist übrigens selbstverständlich und wurde auch von Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister aus Unfall der Ausschusshandlungen über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1863 ausdrücklich anerkannt, daß zu der Aufnahme einer jeden Bewilligung in das Finanzgesetz wie zu einem jeden anderen Gesetze die Zustimmung aller drei Facioen der gesetzgebenden Gewalt erforderlich sei.

Ebenso kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bei der Beurtheilung das Vorhandensein dieser Uebereinstimmung die Rechtsregel — das Mindere ist in dem Mehreren enthalten — anzuwenden sein werde. Die Nichtgestattung der Übertragung es für eine Abtheilung bewilligten Kredits für eine andere Abtheilung hat bereits ein hohes Haus beschlossen. Eine besondere Rechtsfertigung dieser für eine geordnete übersichtliche und entsprechend zu controllirende Gebarung so nothwendigen Maßregel wird daher entbehrlich. Um nicht in Wiederholungen zu versetzen, hat der Ausschuß in die Bestimmung zu Ende eines jeden Theiles des Gesetzes in einen eigenen Artikel zusammengefaßt.

Die über mehrere Abtheilungen bereits mitgetheilten Beschlüsse des Herrenhauses konnten gegenwärtig noch

nicht in Berathung genommen werden, weil eine solche theilweise Behandlung leicht zu Beirungen führen könnte. Erst dann, wenn das Herrenhaus seine Beschlüsse auch in Betreff der übrigen Abtheilungen und rücksichtlich der Form des Gesetzes mitgetheilt haben wird, wird es an der Zeit sein, dieselben in Erwägung zu nehmen und in soweit als dann noch Verschiedenheiten unterwalten sollten, zu dem im §. 66 der G.-D. vorgezeichneten Mittel der Conferenz zu schreiten. Wird dem Erfordernisse per 388,711,095 fl. 94 kr. die Bedeckung mit 294,650,334 fl. entgegengehalten, so ergibt sich ein Übergang von 94,060,761 fl. 94 kr. In dem Regierungsentwurfe ist die Bedeckung der Bedeckung des Überganges einem besonderen Gesetze vorbehalten worden. Ob durch den nahmsten Mehertrag der ersten drei Quartale des Jahres, durch die bereits erfolgte Bewilligung von 50 Millionen Gulden und durch die beantragten Steuer-Erhöhungen der Übergang genügend gedeckt werde, ist Sache der Regierung, dem hohen Hause auszuweisen, weshalb von Seiten des Finanzausschusses in dieser Richtung auch kein besonderer Antrag gestellt wird. Aus dem Staatsvoranschlag wird ein hohes Haus entnommen haben, daß Einnahmen und Ausgaben nicht streng von einander geschieden sind, sondern erstere auch in dem Erfordernisse und letztere in der Bedeckung erscheinen; was nicht nur aller Consequenz entgegen ist, sondern auch die Übersichtlichkeit und Kontrolle erschwert.

Der Finanzausschuss erlaubt sich daher folgende Anträge zu stellen:

Ein hohes Haus wolle 1. den vorgelegten Entwurf des Finanzgesetzes über den Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1862 als ein untheilbares Ganze in der dritten Sitzung annehmen und dem Herrenhause zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung übermitteln; 2. die Wünsche, Aufforderungen und Erwartungen der Regierung mit der Aufforderung überwinden, bei dem nächste Staatsvoranschlag in einer abgesonderten Beilage die Berücksichtigung derselben nachzuwissen oder die Gründe anzuführen, aus welchen solche nicht stattfinden konnte; 3. die Regierung auffordern, in dem nächsten Staatsvoranschlage die Einnahmen und Ausgaben (Bedeckung und Erfordernis) streng von einander abgesondert zu behandeln; 4. die einzelnen Heste des Staatsvoranschages der leichteren Behandlung wesen mit Seitenzahlen versehen zu lassen.

Wien, den 2. August 1862.

Österreichische Monarchie.

Wien, 18. Sept. Se. k. k. Apostolische Majestät geruheten im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Privataudienzen zu ertheilen.

Se. Maj. der Kaiser begibt sich heute Abends in das Uebungslager bei Wimpassing, wo morgen die Brigade Generalmajor v. Schwarz ein großes Feldmanöver aufführen wird. Heute Abends ist auf der

Offiziers-Schießstätte daselbst großes Scheibenschießen.

Se. Maj. der Kaiser wird zu Kolin in Böhmen am Donnerstag den 25. d. M. erwartet. Von Wien wird Se. Maj. der Kaiser Sonntag den 21. d. M. Früh mittelst Nordbahn bis nach Raigern (die drittlegste Station vor Brünn) abreisen. Von Raigern begibt sich Se. Maj. in das gräflich Mitrovsky'sche Schloss Sokolnik und wird daselbst am nächsten Montag und Dienstag verweilen, an welchen beiden Tagen die Garde truppen zu großen Manövern austrücken. Mittwoch den 24. d. M. Früh 10 Uhr wird Se. Maj. der Kaiser in Brünn ankommen, in dem Palais Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Karl Ferdinand ansteigen und nach dem Diner die Reise nach Kolin fortsetzen. Der Rückkehr Sr. Maj. des Kaisers nach Wien wird am Montag den 29. d. M. entgegengesehen. In seiner Begleitung wird sich auch der Herr Kriegsminister befinden.

Das h. Herrenhaus ist von Ihrer Majestät der Kaiserin im Spiegelsaal des Schlosses von Schönbrunn empfangen worden. Ihre Majestät waren begleitet von Ihren Exzellenzen dem Herrn Obersthofmeister und der Frau Obersthofmeisterin Graf und Gräfin Königsegg. Das h. Herrenhaus wurde von Sr. Excellenz dem Herrn Ober-Ceremonienmeister Landgraf Fürstenberg eingeführt.

Unangs Oktober werden Kronprinz Rudolf und Prinzessin Gisela von Reichenau nach Schönbrunn überreden.

Das Rudolph-Spital ist bereits großenteils unter Dach, das bis zum Spätherbst vollständig hergestellt sein wird.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta hat für die durch den Brand im Jahre 1860 arg beschädigte Pfarrkirche zu Graber 500 fl. gespendet.

Der Handelsminister Graf v. Wickenburg begibt sich dieser Tage von Kissingen nach London und wird erst im Monate Oktober wieder in Wien eintreffen.

Se. Excellenz der Herr Justizminister Freiherr v. Pratobovera, schreibt die „Wiener Blg.“, hat vor einigen Tagen einen Besuch im Justizministerium gemacht. Obgleich das frakte Auge Sr. Excellenz sich, wie wir hören, einigermaßen gebessert hat, so besteht doch der nervöse Schmerz oberhalb der Augenbrauen nicht nur fort, sondern hat auch in neuester Zeit an Heftigkeit noch dergestalt zugenommen, daß eine fast vollständige Schlaflosigkeit die Leiden des hohen Kranen noch vermehrt. Unter diesen Umständen erscheint es leider nur zu natürlich, daß Se. Excellenz von dem wiederholten dringenden Wunsche, des ihm anvertrauten Portefeuille's entbunden zu werden, nicht zurückgelommen ist.

Baron Hüsemann, der österreichische Gesandte in Washington hat London verlassen, um sich auf seinen Posten zurückzugeben.

Die Trauung der Gräfin Buol-Schauenstein mit dem Grafen Koloman Hunyadi (Bruder der Für-

stin — nicht des Fürsten — von Serbien) findet am 7. October statt.

Das ungarische Statthalterei-Präsidium hat zur Verhinderung der Räubereien in den Comitaten Somogy, Zala, Besprim, Baranya und Eisenburg verstärkte Anordnungen getroffen. Auf die Weigerung, die Anordnungen der Behörde bei Verfolgung der Räuber auszuführen, sind Geldstrafen gesetzt, die sich bei den Gemeinden bis auf 5000 fl. belaufen. Vertrauenswerten Individuen werden Waffen eingehändigt werden.

Deutschland.

Die preußische Militärfrage steht wieder auf dem früheren Standpunkte. In der Budget-Kommission vom 18. d. verlas der Kriegsminister eine Erklärung, nach welcher die Regierung das Stavenhaeische Amendement, nur so weit es den Etat für 1862 betreffe, annehmen könne. Denn soweit sich dasselbe auf den Etat von 1863 beziehe, sei es nach der innersten Überzeugung der Regierung in der vorliegenden Form und unverändert aus militärisch-technischen Gründen unausführbar. Die Regierung könne daher ein Einverständnis mit den bezüglichen Anträgen nicht in Aussicht stellen und würde ihre Pflicht verlecken, wenn sie, um jetzt Frieden zu haben, unbedingt auf dieselben einginge. Der Kriegsminister gab dann weitere Erklärungen und bemerkte dabei, die Lage Europa's bedinge die Kriegsbereitschaft des Heeres. Die Armee leide schon durch die Reduction der Dienstzeit und für leichter seien jedenfalls Compensationen notwendig, wie die Erhöhung der Löhnung der Capitulanten und Unteroffiziere und die Errichtung stehender Lager-Einrichtungen, welche die etwa zu machenden Ersparnisse auf Null reduciren würden.

Die in der Commissionssitzung auftretenden Redner fanden in dieser Erklärung kein Entgegenkommen der Regierung. Das Abgeordnetenhaus müsse auf der gesetzlichen Regelung der Heeresverfassung bestehen und könne von dem eingeschlagenen Wege nicht abgehen. Nach langer Debatte wurde dann Hoverbecks Antrag (siehe die vorstehende Depesche) einstimmig angenommen; auch Sybel, Tweten und Stavenhagen stimmten für denselben. Die Budget-Kommission meinte, die Erklärungen des Kriegsministers beträfen lediglich technisch-militärische Bedenken gegen die faktische Einführung der zweijährigen Dienstzeit und erhielten kein Wort über die gesetzliche Regelung. Alle Mitglieder waren unbeschiedigt; auch Tweten erklärte, daß weitere Verhandlungen fruchtlos seien. Der Kriegsminister bemerkte schließlich, die Regierung bleibe der Werbung einer gesetzlichen Erklärung eingedenkt. Auf Antrag Hoverbecks erklärte die Commission einstimmig: Die gestrigen und heutigen Erklärungen der Regierung sind nicht geeignet, die Beratung endes Hauses zu unterbrechen. Der Finanzminister war bei der Sitzung anwesend, verhielt sich aber schweigend. Morgen Plenarsitzung.

Die Handelscommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat die früher von letzterem angenommene, durch das Herrenhaus modifizierte Fassung des Pauschekes wieder hergestellt. Die japanischen Gesandten lehnen nun von St. Petersburg wieder nach Berlin zurück. Die preuß. Regierung läßt sie in Cydikuhnen an der russischen Grenze begrüßen und dann in einem Extrazug nach Berlin bringen, wo sie jedoch nur über Nacht bleiben, um sodann ihre Reise nach Aachen fortzusetzen.

In Posen befindet sich seit einigen Tagen, der „Ost. Zeitung“ zufolge, ein hochgestellter russischer Staatsbeamter, um in Preußen geeignete Lehrer für die Universität und einige Schulen in Warschau zu ermitteln. Ratazzi erklärte Techio, die Unverlebbarkeit der Deputierten könne nur während der Dauer der Session in Anspruch genommen werden. Diese Frage steht jetzt in anderer Form wieder: Garibaldi ist Parlamentsmitglied; kann er ohne vorher eingeholte Zustimmung des Abgeordnetenhauses einem Aussenseiter überwiesen werden?

La mar m'ora hält die Parlamentsmitglieder Garibaldi und Mordoni noch immer im Castel Nuovo unter Schluß und kümmert sich nicht um den Protest, den eine namhafte Anzahl von Abgeordneten in einer Resolution an den Präsidenten des Hauses denken. Ratazzi sehr nachdrücklich die Notwendigkeit weigert, einer Instruction einzutreten gesucht, „bei der es ja sein Bewenden haben könnte.“ Im heutigen Ministerrat wurde auch die Frage wegen der Kammer-Auslösung debattiert, und aus den Ergebnissen dieser Diskussion darf man schließen, daß diese Maßregel in naher Aussicht steht.

La mar m'ora hält die Parlamentsmitglieder Garibaldi und Mordoni noch immer im Castel Nuovo unter Schluß und kümmert sich nicht um den Protest, den eine namhafte Anzahl von Abgeordneten in einer Resolution an den Präsidenten des Hauses denken. Ratazzi sehr nachdrücklich die Notwendigkeit weigert, einer Instruction einzutreten gesucht, „bei der es ja sein Bewenden haben könnte.“ Im heutigen Ministerrat wurde auch die Frage wegen der Kammer-Auslösung debattiert, und aus den Ergebnissen dieser Diskussion darf man schließen, daß diese Maßregel in naher Aussicht steht.

Die Nachrichten über das Befinden Garibaldi's, schreibt man dem „Dresd. Journal“ aus Turin vom 16. d., laufen von Tag zu Tag bedenklicher.

Mehrere Freunde des Generals, darunter Ciancio und Deideri, welche von Spezzia zurückkehrten, fanden die Arzte Garibaldi's sehr ernst gestimmt, welche keinerlei positive Hoffnung bezüglich der Erhaltung des verwundeten Beines aussprachen. Diese Aussagen, in Verbindung mit der Nachricht, nach welcher die Amputation unvermeidlich, ja nach einer späteren Version schon geschehen sei, machen es klar, daß die Regierung, wie eine telegraphische Depesche vom 17. d. gemeldet, ein leichtes Verschlimmern im Befinden Garibaldi's zugesieht.

Der Präsident des Vereins für deutsche Industrie, Dr. von Kerstorf in Augsburg hat das Ritterkreuz des württembergischen Kronenordens erhalten.

Die am 15. d. in Hannover eröffnete Conferenz

für eine gemeinsame deutsche Civilpolizeiordnung hat einstimmig den österreichischen Sitzungsort im k. k.

Justizministerium Dr. Riegi zum Präsidenten gewählt,

nachdem Hannovers Justizminister Dr. v. Bar die auf

ihm gefallene Wahl zum Präsidenten abgelehnt hatte.

Frankreich.

Paris, 16. Sept. Die Wahlen werden nun definitiv nicht im October stattfinden, sondern hinausgeschoben werden. Der Einfluß des Herrn Herzogs von Morny hat die Oberhand behalten. Es heißt, daß vielleicht morgen schon die darüber umlaufenden Gerüchte durch den Monitor demontiert werden sollen. — Der heutige Artikel im Constitutionnel (s. o.) wird von der France in den heftigsten Ausdrücken des Widerstands, der Ohnmacht und der Doppelzüngigkeit in Bezug auf die von Herrn Lumière angekündigte Lösung beschuldigt. — Die France offeriert heute allen bis zum 20. Sept. sich meldenden Abonennten die drei Briefe des Hrn. v. Laguerrière in Broschürenform als Prämie. Der Verkauf dieses Blattes scheint übrigens namhaft zu steigen, insbesondere auf Kosten des Pays, der Patrie, der Presse und theilweise der Opinio nationale. — Die Pariser Polizei verdoppelt ihre Wachsamkeit bezüglich der Person des Kaisers. Mehrere verdächtige Individuen sind in der letzten Zeit verhaftet worden, und gegen 200 verkleidete Sicherheitsagenten werden demnächst nach Biarritz und dessen nächster Umgegend geschickt. — Das Pays schreibt, daß Prinz und Prinzessin Napoleon sich noch in Neuburg befinden und daß der Tag ihrer Abreise noch nicht bekannt ist. — Die Patrie demonstriert ebenso das Gefühl, daß Herr v. Mosbourg oder irgend ein anderer Diplomat bereits als erster Gesandtschafts-Sekretär an Stelle des Herzogs von Belluno ernannt worden ist. Es werde erst nach Ankunft des nächstens hier erwähnten Marsquis Lavalette darüber eine Entscheidung getroffen werden. — Ueber den Zustand Garibaldis laufen die Nachrichten noch immer widersprechend; während die Indépendance belge versichert, die Amputation sei unvermeidlich geworden, behauptet der biesige piemontesische Gesandte, Hr. v. Nigra, daß die Bülins günstiger laufen, und daß dem Besiegten von Apromonte weit mehr ein Siegfall a's die Bunde zu schaffen mache. Man spricht, nebenbei bemerkt, von der Ersöpfung des Hrn. v. Nigra durch Hrn. Menabrea. Das wäre, wie man hier zu sagen pflegt: „Bonnets blancs et blancs bonnets“.

Belgien.

Das anglo-dänische Brautpaar, schreibt man der „A.-Z.“ aus Brüssel, hat heute mit seinen stolzlichen Begleitern und Begleiterinnen unsere Stadt verlassen, nachdem man ihm gestern noch das kriegerische Schauspiel einer großen, vom Kriegsminister in Person beschilderten Revue gegeben hatte. — Der König ist dermaßen wohl auf, daß er bei mehreren zu Ehren seiner Besucher in Baeken veranstalteten Hoffesten sich auf einige Augenblicke gezeigt hat und daß man bereits die (doch wohl etwas übertriebene) Hoffnung ausspricht, er werde die demokratischen September-Feststage durch seine Gegenwart in Brüssel verherrlichen. — Der Congress für sociale Wissenschaften wird künftigen Monat eine erste allgemeine (Einführungss-) Sitzung halten und sich alsdann in fünf große Ausschüsse vertheilen. Die abschließende Gesammtversammlung ist auf den 25. d. anberaumt. — Herr Coomans gibt hier seit einiger Zeit unter dem Titel „La Paix“ ein vielgelesenes Wochenblatt heraus, welches hauptsächlich die Bekämpfung der übertriebenen Militärausgaben und der gegenwärtigen Militärgesetze zur lobenswerten Aufgabe sich erkoren hat. — Wie ich vernehme, wird Ende dieser Woche die erste Nummer einer französischen Ausgabe des bekannten „Protokol“ von Alexander dem Großen hier erscheinen.

hat sich sehr verändert. Seine Wangen sind erdschlaff geworden und haben sich tief gehöhlte, während sein langes Haar fast vollständig grau ist. Garibaldi spricht sehr wenig und blickt oft stundenlang starr nach der Zimmerdecke. Die Arzte erklären, daß sein Seelenzustand weit gefährlicher als die Wunde sei. Sein Sohn Menotti, welcher ein Streifschuß am linken Beine erhielt, aber schon so weit hergestellt ist, daß er, auf einen Stock gestützt, gehen kann, bedient seinen Vater. Dieser will nämlich von keiner fremden Hand etwas annehmen und macht in der Regel seinen Sohn zum Dolmetsch seiner Wünsche. Nebst den früher erwähnten Gendarmen wird die Wohnung Garibaldis noch von einer Kompagnie Infanterie bewacht, welche im Hofe in einem alten Magazin lagert. Sämtliche Fenster sind von Schilddwachen besetzt, welche zur Nachtzeit verdoppelt werden. In La Spezia, welche von Varignano nur etwa $\frac{1}{4}$ Stunde entfernt ist, wimmeln es von Truppen, welche sich auf ungefähr 4000 Mann belaufen dürften. Im Hafen liegen überdies vier Kriegsdampfer, deren Maschinen fortwährend geheizt sind, so daß die Schiffe jeden Augenblick auslaufen können. Eine vom Stadtkommando publizierte Bekanntmachung warnt die Bewohner Spezzias oder Fremde, sich bei Nachtzeit dem Rayon des Forts Varignano zu nähern, weil die aufgestellten Schilddwachen den gemessenen Befehl hätten, gegen Jedermann, welche auf ihren Anruf nicht still ständen, Feuer zu geben.

Die „Italia militare“ veröffentlicht einen Bericht des Obersten Santarosa, welcher die Beschuldigungen der radicalen Blätter in Bezug auf die angebliche schlechte Behandlung Garibaldis und seiner Kampfgegnern im Fort Varignano für falsch erklärt.

Herr Bastoggi ist als Concessionär der neapolitanischen Eisenbahn mit mehreren bedeutenden englischen Capitalisten in Verbindung getreten.

Die „Patrie“ bringt eine Statistik der italienischen Armee nach den von den einzelnen Provinzen gestellten Kontingenzen. Diefen Angaben zufolge bestand diese Armee am 1. Juli 1862 aus 323,570 Mann. Hierzu lieferte Piemont: 117,637; die Lombardie: 69,302; Parma: 8,733; Modena: 5,520; Romagne: 11,823; Toscana: 15,449; Umbrien und die Marken: 8,197; das Königreich Neapel: 70,705; Sizilien: 8,812. Emigranten aus Venetien und Rom befinden sich in der Armee 6,674; Ausländer 718; unter diesen sind 379 Deutsche und 200 Franzosen.

Wie aus Neapel gemeldet wird, haben die päpstlichen Carabiniers die von den Eisenbahn-Arbeiten an der Grenze des Kirchenstaates ausgezogene italienische Fahne heruntergerissen. Der Commandant von Capriano verlangte Genugthuung von Herzog von Montebello und dieser vermittelte die Zurückstellung der Fahne.

Nachdem die öffentlichen Blätter bereits den neapolitanischen General Bosco zum Nachfolger des Generals Kanzler, im Commando des päpstlichen Armee-corpse gemacht hatten, erfährt das Mannheimer Journal, daß die Entlassung des Letzteren gar nicht stattgefunden habe. Die bekannten Differenzen habe er in Paris auf Grund der Erklärung der Redaction der „Allg. Zeit.“ be seitigt, worauf Hr. v. Lavalette von seiner Beschwerde abstand. Der General sei nicht genehmigt gewesen, in irgend Etwas sein Wort zurückzunehmen; noch weniger sei von seiner Demission die Rede gewesen.

Russland.

Der Warschauer Correspondent der „Schles.“ berichtet seine Mittheilungen über die letzten Vorgänge dahin, daß die in denselben erwähnte Adresse nicht, wie man behauptete, an den Großfürsten-Staatsrat, sondern an den Grafen Andreas Samoyski gerichtet war, und daß die Mitglieder des hohen Adels, ohne Aufforderung von Seiten der Regierung, aus freiem Antriebe in Warschau versammelt waren. Der Graf, in dessen Behausung die Berathungen stattfanden, ist deshalb, (wie bereits erwähnt), nach Petersburg gebracht worden, um sich über das Vorgefallene zu rechtfertigen.

Dem „Dziennik Pozn.“ wird hierüber geschrieben: Die Audienz des Grafen Samoyski bei Sr. k. H. dem Großfürsten, die mit einer langen lebhaften, ja erregten Besprechung verbunden war, hat wirklich stattgefunden. Sie ist gegenwärtig der Mittelpunkt des allseitigen Interesses. Die nationale Partei hat durch ihre Delegirten den formellen Anlaß von der neuesten Ansprache des Großfürsten an die Polen nehmend, eine Art schriftlichen Mandats abgefaßt und dem Grafen Samoyski, als Basis seines Auftretens dem Großfürsten Stellvertreter gegenüber gegeben. In diesem Schriftstück sieht die Partei ihr Verhältniß zu den „Roten“ und der Revolutionspartei einerseits und der Regierung andererseits auseinander und erwähnt die allgemeinsten und dringendsten Forderungen der Nation, ohne deren Gewährung die Beruhigung der Gemüther nicht erreicht werden könne. An der Spitze dieser Forderungen steht die Verbindung der Verwaltung Böhmen mit der des Königreichs. Dieses Document hat Samoyski dem Großfürsten am vorigen Sonnabend vorgelegt. — Uebrigens handelt es sich — versichert der „Dziennik“, welchem die Trennung zwischen Adel und Volk nicht paßt — hier nicht um eine Adelsadresse, wovon in der ganzen deutschen Presse die Rede ist, sondern um eine Adresse des Landes im Gegensatz zur Stadt, daß sich unter den Beteiligten viele Edelleute befinden, sei zufällig und nebenächlich. Die Bewegungs-partei sei zwar sehr erbittert gegen die Manifestation, werde ihr aber bald ihre Anerkennung zollen müssen, während Graf Wielopolski durch den Keil, den er anscheinend zwischen Adel und Volk zu treiben beabsichtige, vor beiden Parteien keine Gnade hat.

Die „Bres. Zeit.“ bezeichnet die Nachricht, daß hier Brandstöße, namentlich zum Angründen des Brühl'schen Palais aufgefunden worden, als unbegründet. — Über die Versammlung bei Samoyski meldet dasselbe Blatt unterm 13. d., daß der Graf jede feindselige

Anspielung auf Wielopolski zurückwies und dessen Verdienste um das Land stark betonte. Ein Theil der Edelleute war hierüber aufgebracht und verließ die Versammlung. — Der amnestierte Oberrabbiner Weissel hat sein Amt wieder angetreten und empfängt massenhafte Besuche. Montag sollte er dem Großfürsten vorgestellt werden.

Der „N. P. Z.“ wird aus Warschau geschrieben: Von den Anmaßungen der hiesigen „Partei des Verbrechens“ giebt ein Brief, den man dem Großfürsten zuzuführen wußte, einen neuen Beweis. Man verspricht ihm darin, weder ihm noch einem Gliede seiner Familie irgendwie persönlich nahe zu treten, da man ihn liebt, nachdem man den Edelmuth seines Charakters erkannt habe; er könne daher getrost! auch ohne Begleitung seiner Kosaken sich zeigen. Dem Grafen Wielopolski hingegen habe man den Tod geschworen, und man werde diesen Schwur halten, er möge sich und seinen Wagen dagegen verpanzern wie er will. (Wie man sagt, trägt Graf Wielopolski seit dem letzten Attentat unter der Weste einen Panzer, und seine Kutsche ist mit Blech ausgegeschlagen; auch wird das Brühlsche Palais von allen Seiten stark gegen Brandstiftung bewacht.) Bis jetzt hat indeß Sr. k. H. noch keinen Gebrauch von dieser gütigen Erlaubniß gemacht, sondern fährt noch in Begleitung seiner Kosaken, im Park von Lazienki, welcher stark mit Polizei besetzt ist, läßt er sich dagegen mit seiner Familie nur von einem oder zwei Sicherkeksen begleiten.

Nach telegraphischen in Warschau eingelangten Depeschen ist Graf Andreas Samoyski in Petersburg in Gesellschaft eines ihm beigegebenen Militärs angekommen und in einem Hotel abgestiegen. Er sollte in kurzem Audienz bei dem Caren haben.

Türkei.

Aus Scutari, 13. September, wird der „Ostd. Post“ geschrieben: Die montenegrinischen Angelegenheiten harren noch der Entscheidung. Der am 6. d. abgelaufenen Waffenstillstand ist verlängert worden — bis zum Abschluß der schwierigen Unterhandlungen. Die Montenegriner wehren sich mit aller Macht gegen die Landesausweisung des Vaters des Fürsten, Mirko, und gegen die Heerstraße zwischen Spuz und Nikisch. Der Senator Ivo Radonic nebst drei anderen vornehmen Montenegrinern befinden sich am hiesigen Orte, wo die Unterhandlungen gepflogen werden. Der französische Konsul macht den Vermittler. Der russische Konsul ist nach Ragusa zurückgekehrt, es scheint, er habe gesehen, daß seine weitere Einmischung in diese Angelegenheiten überflüssig sei. Einstweilen erhalten die Türken noch immer bedeutende Verstärkungen. Der Damper der Konstantinopeler Gesellschaft Lutzie hat in Anzivari 1000 Mann ausgeschifft und den Ankunfts von weiteren 9000 Mann angezeigt. Es geht daraus hervor, daß die Pforte sowohl gegenüber von Montenegro, wie auch im Rücken von Serbien eine imponirende Stellung einnehmen will.

Zur Tagesgeschichte.

** Der Unterbau für das Prinz Eugen Monument wird im nächsten Monate beendet sein. Der Bau erhält eine Länge von 8 und eine Breite von 6 Kläfern und das Mauerwerk bildet eine compacte Masse von nicht weniger als 286 Kubikkläfern, welche dem Monumente zur Unterlage dienen wird.

** Die Schlufverhandlung im Prozeß „Kala“ wurde, wie die „Don. Z.“ mittheilt, vorläufig für den 23., 24. und 25. d. anberaumt. Dieselbe findet unter dem Vorsteher des k. k. Landesgerichts-Rathes Englisch statt, und wird hierüber die Staatsbehörde durch den k. k. Substituenten Bündendorf vertreten sein, die Vertheidigung dagegen Dr. Kraatz führen.

** In Mainz wird am 18. Okt. die Schiller-Statue enthüllt. Laube's Karlschüler kommen bei dieser Gelegenheit zur Aufzührung.

** Ludmilla Assing befindet sich, britisches Mutterland auf, jetzt in Zürich, wo sie in der Familie Herwegh's eine gaffreundliche Aufnahme gefunden hat.

** Gegen den ehemaligen Hofmarschall des Königs von Hannover, General von Hedemann ist eine kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden wegen eines Delictum von mehr als 90.000 Thlr. in den von ihm verwalteten Gassen. Der General wurde nicht verhaftet, sondern auf Ehrenwort in seiner Wohnung befreit. In der Nacht zum 21. d. ist er jedoch aus seiner Wohnung verschwunden mit Hinterlassung eines Briefes, worin er sagt, er ziege es vor, sich einem höheren Richter zu stellen.

** In Brügge tagt ein unter dem Patronat der Könige von Belgien und Holland zusammengetretener Kongress für niederländische Sprache und Literatur, an dem sowohl die holländischen als auch die vlaemischen Schriftsteller sehr zahlreich sich beteiligen haben.

** (Schlesisches Geschäft.) Hr. Villard, der französische Restaurant in der Londoner Ausstellung hat abgewirtschaftet. Er war günstig mit 25,000 Pfld. St. Banknoten anzusehen und dieses Unglück nimmt einen nicht Wunder, wenn man bedenkt, daß die Packsumme in den Restaurationslocalen vom 1. Mai bis zum Schlus der Ausstellung 300,000 Gulden betrug.

** Ein Besuch in der französischen Abteilung schlecht und dürftig es sein zu ersparen, daß sämtliche ausstehende Weine für eine Ausstellungspalast von einem deutschen, der Hochheimer Champagnerfabrik geliefert wurden. Später kamen auch Oesterreich-Schlumberger's Keller dazu.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 20. September. * Der kräftige sonore Bariton des H. Leo. Milaszewski, der wie erwähnt sich auch auf anderen Bühnen auswärts und im Lande Anerkennung verschaffte, steht wohl noch den bislangen Theaterhabitibus aus den Zeiten der Oper in gutem Andenken. Fr. Kirchberger auf, die früher beliebte Opernängerin in Lemberg, auf gemeinschaftlicher Kunstreise mit ihm neuvergängen in Teschen, Tarnow u. s. w. mit Beifall gebührt wurde. Ihre weiträgende Stimme erzeugt durch gute Melodie, Routine und Sicherheit der Intonation was ihr an jugendlicher Frische abgeht. Die Arie des „Euna“ aus dem „Troubadour“ in polnischer Sprache, der „Halka“ aus Moniuszki's Oper, der bekannte Mazur Trochitsch's „Erlieb“ von der Sängerin mit ein anderer, Madjejk's „Mivalion“ von dem Sänger mit Geschmack vorgetragen, riefen Beifall hervor, welchem sich im dritten Maß der Programm's „Pojde za maz“ und im angiebend elegante Schlußduett von R. Lubomirski's „Rosen-Aufbruch“ hervorzu erzielten. Wie letzteres beide, mußte die Sängerin das hässliche Liedchen „Werde Braut sein“ wiederholen, das so viel wir wissen, zweifellos von dem Posener Pianisten Ant. Woyciechowski zu dem Text seiner Frau, einer bekannten Schriftstellerin komponirt, seit Jahrzehnten schon in Häus- und Salonorchester figurirt. Der gründlich gebildete Pianist Hr. Kas. Hoff-

mann, der bei aller freundlichen Aufnahme, die ihm jedesmal zutheil wird, leider dem Satz: „Man muß sich selten machen“ zu huldigen scheint, spielte mit Fertigkeit, kurz aber gut „Fou follet“ — Prudent. Vor besonderem zweiten Clavier begleitete die Gesangspartie eracht und mit bemerkter Akkuratesse der Musikkritiker Hr. Pawelski.

Gegenwärtig wird mit der Neuverkleidung der Stephans-, Theater- und Schusterstraße vorgegangen.

Graf Alexander Prędzicki hat in der Marienkirche zu Wadowice dem „Ges.“ zufolge Holzschnitzerei entdeckt, die von Veit Stoß aus dem 15. Jhd. hergebrachten scheinen. Die Arbeit dieses „Grabes Christi“ hat in der Komposition Ähnlichkeit mit dem Nürnberger St. Sebaldus-Grabe. Zeichnung, Skildnung und Studien über den Autor des Reliefs sollen im Warschauer „Tygodnik Ilustrowany“ erscheinen. Auch Merseburg und Marburg hat Prędzicki in diesem Sommer besucht und in Altenburg Spuren, wie es scheint, des Grabs Wladyslaw's Cracoviense aufgefunden.

* Von Wilno her kam gestern die Trauerkunde, daß einer der berühmtesten Schriftsteller der Neuzeit, der besten Dichter Polens, Meister der Form, Port des Herzens, Archäolog, Dramaturg, Literaturhistoriker, Publist, populär wie wenige andere, besonders geliebt in Lübeck, seiner und Mickiewicz' Heimat, weit und breit bekannt und geschätzt unter den Familien-Weinamen und Pseudonym Wladyslaw Syrotoma, der die Schäfte der polnisch-lateinischen Literatur durch dichterische Musterübersetzungen eröffnete, vor einigen Jahren gesetzter Graf in Krakau, in letzter Zeit minder fruchtbar, durch harntägiges Leiden seine Freunde gleichsam vorüberleben ließen auf den harten Schlag, den der junge Schriftsteller für Fortschritt und Volksbildung aus ihrer Mitte reisen sollte, vergangenen Montag Abends 9 Uhr in ihrer Heimat Stadt von den Lebenden geschieden. Ludwig Konradowicz ist 41 Jahre alt geworden. Dichtung und Wahrheit, ein kraftvolles Mingen nach inniger Verschmelzung beider in Leben und Schrift, das Streben, die prosaistische Wirklichkeit postwendig, die Poetie wahr und zum Verbinden des Lebens zu machen, füllten seine kurzen Tage. Seine reiche Phantasie schuf ein Eden selbst aus der Dede, sein volles Herz entwarf das Edele und Nächste. Auch er hatte leider mächtige Widersacher, nicht nur im Geschick, das ihn oft mit Noth kämpfen, den liebenden Vater trostlos vor der Bühne seiner Kinder ließ. Er war der Dichter in Holley's „Vorberbaum“ — seine Energie, die sich in den eigenen Briefen ausspricht, rettete ihn von dem zweiten Theile des Dramatitels — leider nicht vor frühzeitiger Abtragung der Schulden aller Sterblichen, von Abwendung des letzten Alters, während das Publikum noch auf den interessantesten Verlauf der vorhergehenden harrte.

* Der Freitag den 3. October von Wien nach Wielicza zum dortigen Grubengefeiste abgehende Vergnügungszug hat, wie der „Botchafer“ meldet, fest, schon so viel Teilnehmer gefunden, daß wahrscheinlich zwei Böge erprobet werden müssen. Der Vergnügungszug wird sich auch in Krakau aufzuhalten und werden die Teilnehmer auch die Schenkungswürdigkeiten dieser Stadt unter Einem bestimmen können.

* Die Stadtgemeinde Przemysl hat aus Anlaß des Geburtstages Sr. k. l. Apostolischen Majestät den Betrag von 500 Gulden öster. W. zur Bildung eines Fonds für den Verein zur gegenseitigen Hilfe für Handwerker und die Summe von 525 Gulden öster. W. zur Ergänzung des Gewerbedarlehensfondes aus Stadtkassemitteln gewidmet.

* Abbé Richard, der berühmte Quellenentdecker, schreibt die „Lemberger Zeit.“ bat während der letzten Tage in unserer Bühne verweilt und mehrere Punkte angegeben, auf denen Wasser zu finden wäre, welche Angaben sich durch den Erfolg auch vollkommen bewähren. Vorläufig hören wir, daß der geschätzte Abbé auf der Zielona Quellen aufgefunden habe, die einen ergiebigen Ertrag versprechen. Der Herr Abbé wird heute und morgen die verlorene Stadt wieder verlassen. Er tut dies, seinem persönlichen Neuerungen nach, nur mit vielem Bedauern, denn sowohl hier als in anderen Orten wartet seiner noch so manche Arbeit; aber früher eingegangene Engagements erlauben dem Hrn. Abbé ein längeres Bleiben nicht, doch wird er im künftigen Jahre, seinem zuverlässlichen Versprechen nach, wiederkehren und Lemberg und dem ganzen Lande eine längere Anwesenheit widmen.

* Der Freitag den 3. October von Wien nach Wielicza zum dortigen Grubengefeiste abgehende Vergnügungszug hat, wie der „Botchafer“ meldet, fest, schon so viel Teilnehmer gefunden, daß wahrscheinlich zwei Böge erprobet werden müssen. Der Vergnügungszug wird sich auch in Krakau aufzuhalten und werden die Teilnehmer auch die Schenkungswürdigkeiten dieser Stadt unter Einem bestimmen können.

* Abbé Richard, der berühmte Quellenentdecker, schreibt die „Lemberger Zeit.“ bat während der letzten Tage in unserer Bühne verweilt und mehrere Punkte angegeben, auf denen Wasser zu finden wäre, welche Angaben sich durch den Erfolg auch vollkommen bewähren. Vorläufig hören wir, daß der geschätzte Abbé auf der Zielona Quellen aufgefunden habe, die einen ergiebigen Ertrag versprechen. Der Herr Abbé wird heute und morgen die verlorene Stadt wieder verlassen. Er tut dies, seinem persönlichen Neuerungen nach, nur mit vielem Bedauern, denn sowohl hier als in anderen Orten wartet seiner noch so manche Arbeit;

aber früher eingegangene Engagements erlauben dem Hrn. Abbé ein längeres Bleiben nicht, doch wird er im künftigen Jahre, seinem zuverlässlichen Versprechen nach, wiederkehren und Lemberg und dem ganzen Lande eine längere Anwesenheit widmen.

* Am 1. Mai k. Z. soll die Dampfschiffahrt auf dem Donaufluss definitiv eröffnet werden. So wird der „Preß“ über einstimmend mit fröhlichen Berichten unseres Blattes aus Lemberg geschrieben. In der Fabrik des Grafen Samoyski in Warschau wird eifrig gearbeitet, um dies zu ermöglichen. Ebenso eifrig werden die Baggerungen im Flusshafen betrieben. Bis jetzt wurden schon an 200 sehr alte Eichen im Strom gefunden, welche mit Maschinen an das Ufer geschafft wurden. Von Novemb. abwärts soll zum Anschluß der Dampfschiffahrt an die Karl-Ludwigsbahn eine Flügelbahn nach Lemberg gebaut werden. Diese (4½ Meilen lange) Strecke wird bereits von Ingenieurs tracirt.

* Am 18. d. M. wird die leichte Strecke der Petersburg-Mitteleuropäischen Eisenbahn von Grodno nach Landwarow den östlichen Verkehr übergeben.

* Ein Telegramm aus Constantinopel vom 13. Sept. meldet, daß an diesem Tage alles Papiergeld (Raines) aus dem Verkehr zurückgezogen und der Gold-Goldschmied gestellt worden war.

Breslau, 17. September. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheitel d. i. über 14 Farne) in Pr. Silbergroschen — 5 kr. öst. W. außer Argio.

Wien, 15. September. Der Auftrieb auf unserem Schlachthviehmarkt (St. Mark's-Ecke) betrug:

1473 ung. 1976 galiz. 59 inländ. zusamm. 3508 St. Öst. davon wurden angekauft v. hiesigen Fleischern 2096 " " von Landfleischern 1194 " "

ausser dem Markt angekauft 210 " " unverkauft gingen aus Land wie oben " 3508 " "

Im ganzen gingen aus Land 1404 " " hier blieben 2104 " "

Schätzungsgehalt pr. Stück: 510 — 590 Pfld. — Anteilspreis pr. St.: 139. — 180. — pr. Centner 27. — 30.30 öst. Wahr.

Krakau, 19. September. Aus dem heutigen Markt stellen sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Mezen Weizen 5.06 — Korn 3.06 — Gerste 2.38 — Haser 1.50 — Kulturz 1.35 — Ein Zentner Stroh — 70. — Ein Zentner Siroh — 70.

Ersben 3.20 — Bohnen 2.50 — Hirse 2.15 — Buchweizen 2. — Kulturz — Erdäpfel — 80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Rüttelree 1.45 — Der Zentner Stroh 1.35 — Ein Zentner Siroh — 70.

Reszow, 18. Septemb. Die heutigen Durchschnittspreise in Österreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 4.20 — Korn 2.52½ — Gerste 1.95 — Haser 1.22 — Ersben 2.50 — Bohnen 2.25 — Hirse 2.50 — Buchweizen 2. — Kulturz — Erdäpfel — 80 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 — weiches 6. — Ein Zentner Stroh 1.40 — Ein Zentner Stroh — 60.

